

**Frankfurter
Montags-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Die Zuspitzung der Integrationskonkurrenz
zwischen Brüssel und Moskau
um die Ukraine**

Egbert Jahn

4. Mai 2015

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Theodor-W.-Adorno-Platz 6
D-60629 Frankfurt
Tel.: +49-69-798 36658
E-mail-Adresse: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de
<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384>

Zusammenfassung

Rußlands verdeckter Interventionskrieg in der Ukraine hat einen Bürgerkrieg im Osten des Landes ausgelöst. Ihnen voraus ging eine militärische Aggression Rußlands zur Annexion der Krim. Sie wiederum wurde durch den gewaltsamen Majdan-Regierungswechsel in Kiew ausgelöst, der die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU und die Liberalisierung und Demokratisierung der Ukraine anstrebte und dessen Folgen von Rußland und Teilen der ukrainischen Gesellschaft als schwerwiegende Beeinträchtigung der eigenen Interessen an einer Einbeziehung der Ukraine in die Eurasische Wirtschaftsunion und die damit verbundene Sicherheitsstruktur betrachtet wurden. Die militärische Expansion Rußlands in der Ukraine hat ihre Wurzeln in einer Krise zwischen dem Westen und Rußland wie auch in der politischen Spaltung der ukrainischen Gesellschaft. Sie markiert das Ende der Integrationskraft Rußlands mit ausschließlich ökonomischen und politischen Anreizen und Pressionen.

Der völlig neuartige Moskau-Brüssel-Konflikt ist keine Neuauflage des historischen Ost-West-Konflikts und schon gar kein neuer Kalter Krieg mit der wechselseitigen Drohung mit einem Nuklearkrieg. Er hatte aber schon mit dem Kosovokrieg 1999 und dem Südossetienkrieg 2008 kriegerische Formen angenommen. Er beruht auf der Integrationskonkurrenz zwischen den westlichen liberalen Demokratien mit den Neoautokratien im östlichen Teil des ehemals kommunistischen Europas, die beide Teil einer gemeinsamen kapitalistischen Weltmarktwirtschaft und eines globalen Systems von Nationalstaaten sind.

Die wirtschaftlichen Sanktionen des Westens gegen Rußland können unmittelbar weder einen Politik-, noch einen Regimewechsel in Rußland erzwingen, haben aber dennoch eine wichtige Funktion, um die Kosten einer weiteren Expansion Rußlands beträchtlich zu erhöhen und längerfristig in Rußland Lernprozesse im Sinne einer Anerkennung der Grenzen der Nachbarstaaten und ihrer inneren und äußeren Selbstbestimmung zu bewirken. Dennoch kann man nach dem 2. Minsker Abkommen ein weiteres Vordringen der interventionistischen und separatistischen Streitkräfte im Südosten der Ukraine nicht ausschließen. Aber es gibt durchaus noch eine Chance für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine und der tiefen Krise in den Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland, indem eine gesamteuropäische wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperationsstruktur geschaffen wird, in die die EU und die Eurasische Wirtschaftsunion eingebunden sind und in der der NATO-Rußland-Rat ausgebaut wird. Sie könnte eine spätere Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und eine dauerhafte Neutralität (Nichtmitgliedschaft in der NATO und in der OVKS) und einen verfassungspolitischen Kompromiß zwischen den Bürgerkriegsparteien in der Ukraine vorsehen.

1 Die Entwicklung der militärischen Gewaltanwendung und des Krieges in der Ukraine¹

Seit 2014 herrscht wieder Krieg in Europa. Rußland führt einen verdeckten Interventionskrieg in der Ukraine, dem die militärische Gewaltanwendung Rußlands auf der Krim vorausging und der einen Bürgerkrieg im Osten des Landes ausgelöst hat. Der Krieg im Donbass hat bereits Tausenden Menschen, Soldaten und Zivilisten das Leben gekostet, andere wurden schwer verwundet und traumatisiert.² Die militärische Okkupation der Krim ging fast ohne Blutvergießen vonstatten, weil die ukrainischen Sicherheitskräfte kampfflos kapitulierten oder gar auf die Seite der Eindringlinge überliefen. Die Annexion der Krim wurde durch ein Pseudoreferendum gebilligt und mit einem Beitrittsvertrag der Republik Krim und der Stadt Sevastopol' zur Rußländischen Föderation scheinrechtlich abgeschlossen. Der Okkupation der Krim und dem Krieg im Donbass ging die Massenbewegung des „Euromajdan“³ voraus, die Ende Februar 2014 nach zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei zum Rücktritt der ukrainischen Regierung unter Mykola Azarov und zur Flucht des Präsidenten Viktor Janukovyč aus Kiew in die Ostukraine und später nach Rußland führte. Diese Bewegung, die über eine Million Menschen in Kiew und vielen anderen Städten auf die Straße brachte, war unmittelbar nach dem 21. November 2013 entstanden, als Janukovyč in Übereinstimmung mit der Regierung und Parlamentsmehrheit verkündet hatte, das selbstausgehandelte und bereits am 30. März 2012 paraphierte Assoziierungsabkommen mit der EU bei dem Treffen der Östlichen Partnerschaft in Vilnius eine Woche später nicht zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung wurde lediglich ausgesetzt, nicht grundsätzlich verworfen, was aber dennoch den „Euromajdan“ auslöste, der mit dem Abkommen die Chance einer Westwendung der Ukraine und damit einer Demokratisierung und eines wirtschaftlichen Aufschwungs des Landes sowie der Abkehr von Rechtswillkür und Korruption assoziierte. Dieses Abkommen wurde umgekehrt von Rußland und Teilen der ukrainischen Gesellschaft als schwerwiegende Beeinträchtigung ihrer Interessen an einer Einbeziehung der Ukraine in die Eurasische Wirtschaftsunion und der damit verbundenen Sicherheitsstruktur betrachtet.

Die militärische und politische Expansion Rußlands in der Ukraine hat ihre Wurzeln in einer tiefgreifenden Krise zwischen dem Westen (vornehmlich der EU, aber auch der NATO) und Rußland wie auch in der Spaltung der ukrainischen Gesellschaft über ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Orientierung nach Westen oder nach Osten. Die Unfähigkeit der ukrainischen Innenpolitik wie der internationalen Politik, eine friedliche Regulierung der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau, d. h. auch zwischen westlicher Demo-

kratie und neuartiger östlicher Autokratie, zu finden, verhindert bisher eine Beendigung des Krieges durch einen umfassenden Kompromiß zwischen dem Westen (EU und NATO), Rußland und den ukrainischen Bürgerkriegsparteien im Rahmen einer gesamteuropäischen Kooperationsstruktur in der Wirtschaft und Sicherheitspolitik.

Der Krieg begann, nachdem bewaffnete prorußländische Separatisten und eingeschleuste rußländische Kämpfer aus den Geheimdiensten und rechtsradikalen Organisationen⁴ ab dem 1. März 2014 als Reaktion auf den durch den Euromajdan zum Teil unter Gewaltanwendung erzwungenen Regierungswechsel in Kiew Verwaltungsgebäude zahlreicher Städte in den Gebieten Donec'k und Lugans'k⁵ besetzt hatten und ukrainische Streitkräfte, eine neu aufgestellte Nationalgarde und bewaffnete Verbände des Innenministeriums im Auftrage der neuen Regierung in Kiew mit einer militärischen „Anti-Terror-Operation“ ab 15. April die Macht in diesen Städten zu gewinnen trachteten.⁶ Das Ziel der Aufständischen und auch Rußlands war von Anfang nicht, den gewählten Präsidenten Janukovič und seine Regierung wieder in ihre Amtspositionen im Rahmen der bestehenden ukrainischen Verfassung einzusetzen, sondern entweder die ganze Ukraine oder Teile derselben mit Rußland zu vereinigen. Mit rußländischen Staatssymbolen und Parolen unterstrichen sie dieses Ziel einer territorialen Ausdehnung Rußlands nach Westen. Es spricht also alles dafür, daß der Krieg im Donbass, der von Seiten der Führung Rußlands bisher noch kein Eroberungskrieg, sondern nur ein Interventionskrieg zur Änderung der ukrainischen Verfassung und Politik ist, einen Bürgerkrieg ausgelöst hat und nicht umgekehrt, daß er einen anhaltenden Bürgerkrieg unterstützt.

Zahlreiche ukrainische Polizisten und Soldaten liefen mit ihren Waffen zu den Aufständischen über,⁷ aus sicherlich ganz unterschiedlichen Gründen im einzelnen, von prorußländischen Überzeugungen bis zu bloßen Überlebensinteressen. Bereits am 7. April riefen die Aufständischen die „Donec'ker Volksrepublik“ und am 28. April die „Lugans'ker Volksrepublik“ in großen Teilen der beiden Gebiete, die sie besetzen konnten,⁸ aus und ließen sie durch ein Scheinreferendum mit 89 bzw. 96 % der Stimmen bei angeblich sehr hoher Abstimmungsbeileiligung legitimieren. Am 24. Mai bildeten sie eine offenbar nur lockere Allianz des „Föderativen Staates Neurußland“, dem in Zukunft auch die Gebiete Charkiv, Dnipropetrovsk, Zaporizžja, Cherson, Mykolaiv und Odesa angehören sollen. Würde dieser Staat (mit einer Fläche von 198.724 km² und 16,3 Mill. Einwohnern) Wirklichkeit werden, so würde er die Rest-Ukraine ohne Krim (mit einer Fläche von 378.032 km² und 26,8 Mill. Einwohnern)⁹ zu einem Binnenstaat machen und eine Landverbindung zwischen Rußland und dem De-facto-Staat Transnistrien herstellen, der schon 2006 auf einen Beitritt zu Rußland hoffte.

Es ist unklar, wie viele, überwiegend russischsprachige ukrainische Staatsbürger zusammen mit wie vielen Staatsangehörigen Rußlands auf seiten der separatistischen Volksrepubliken Donec'k und Lugans'k kämpfen. Hunderttausende Ostukrainer sind geflüchtet.¹⁰

Es handelt sich um einen verdeckten Interventionskrieg – d. h. auf Seiten der Separatisten befinden sich bislang keine regulären militärischen Einheiten Rußlands unter rußländischen Hoheitszeichen. Allerdings haben zahlreiche rußländische Offiziere führende militärische und ursprünglich auch politische Positionen in den beiden Volksrepubliken inne.¹¹ Ganze Bataillone aus Rußland, deren Truppenzugehörigkeit bekannt ist,¹² sowie viele einfache Soldaten und militärisch gut ausgebildete Freiwillige, die schon in Afghanistan und Tschetschenien gekämpft hatten und die auch komplizierte militärische Waffensysteme wie Panzer, Raketenwerfer, Luftabwehrgeschütze, Artillerie usw. bedienen können, sind ausschlaggebend für die militärische Schlagkraft der Interventen und Separatisten. Sie benutzen die an rußländischen Vorbildern orientierten Hoheitszeichen der beiden Volksrepubliken.

Zu Beginn des Krieges hatten die Aufständischen viele Waffen und gepanzerte Fahrzeuge der ukrainischen Streitkräfte erbeutet, deren Angehörige flohen und ihre Waffen nicht unbrauchbar gemacht haben oder die gar zu den Separatisten überliefen. Später erhielten letztere zahlreiche schwere Waffen, Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, Artillerie und Luftabwehraketen, mit denen viele ukrainische Kampfflugzeuge und Hubschrauber abgeschossen wurden, über die offene Grenze aus Rußland, so daß die ukrainischen Streitkräfte in den letzten Monaten keinen Luftkrieg mehr führen konnten. Bei den erbitterten Bodengefechten mußten sie immer mehr Territorium den Aufständischen und Interventen überlassen, obwohl sie auch einige Städte und Dörfer zurückeroberten. Da die Separatisten ständigen Nachschub an Waffen und Soldaten und auch wirtschaftlichen Versorgungsgütern aus Rußland erhalten, während der Westen offenbar bislang keine Waffen an die Ukraine liefert, haben die Aufständischen seit dem Minsker Protokoll vom 5. September 2014¹³ zwischen der Ukraine, Rußland, den Vertretern der beiden Volksrepubliken und der OSZE,¹⁴ das vergeblich einen Waffenstillstand festzuschreiben versuchte, wesentlich an Territorium (ca. 1.000 km²) innerhalb der Gebietseinheiten (*oblasti*) Donec'k und Lugans'k hinzugewonnen.

Die zweite Minsker Vereinbarung zu einem „Maßnahmenkomplex zur Erfüllung des Minsker Protokolls“ vom 12. Februar 2015¹⁵ wurde von denselben Akteuren unterschrieben, aber durch eine gemeinsame Erklärung der Präsidenten Petro O. Porošenko, Vladimir V. Putin, François Hollande und der Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Bedeutung verstärkt, in der sie die „uneingeschränkte Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit

der Ukraine“ bekräftigten, wohlwissend und mit ihrem Formelkompromiß verschweigend, daß Rußland die Krim nicht mehr als Bestandteil der Ukraine betrachtet, während die drei anderen Präsidenten das tun.¹⁶ Auch dieser Waffenstillstand wurde bereits nach zwei Tagen in großem Umfang gebrochen, so daß die Aufständischen weiteres Territorium erobern konnten. Nach der Eroberung von Debal’ceve sind die Kampfhandlungen jedoch merklich abgeflaut.

Während Russland auf das von ihm selbst inszenierte Beitrittsbegehren der „unabhängigen Republik Krim“ eingegangen ist, hat es bislang nicht auf den entsprechenden Wunsch der „Volksrepubliken Donec’k und Lugans’k“ wie auch schon früher nicht auf solche Wünsche der „Transnistrischen Moldauischen Republik“¹⁷ und der „Republik Südossetien“ nach dem Augustkrieg 2008 reagiert und sich somit viele Optionen offengehalten. Damit hat die internationale Friedenspolitik auch noch einen erheblichen Gestaltungsfreiraum für eine Konfliktregulierung im Donbass. Hilfreich ist auch die beidseitige offizielle Heuchelei, die keinen Krieg zwischen Rußland und der Ukraine sehen will, so daß mehr Kompromißoptionen zwischen beiden Staaten offenstehen. In der Ukraine führt lediglich das Innenministerium, nicht das Verteidigungsministerium, eine „Antiterroraktion“ durch und Rußland leugnet die Beteiligung rußländischer Truppen an dem Krieg im Donbass, obwohl schon mehrere hundert oder gar weit mehr Staatsangehörige Rußlands in ihm gefallen sind.

Über das Ausmaß der Befürwortung des bewaffneten Kampfes der Separatisten in der Bevölkerung der Südostukraine zu Beginn des Krieges gibt es wenig verlässliche Angaben.¹⁸ Mit Sicherheit läßt sich jedoch sagen, daß es weit mehr als wenige „Kollaborateure“, sondern zumindest beträchtliche Minderheiten sind, wenn nicht gar hier und da lokale Mehrheiten. Unklar ist auch, ob sie sich durch den Kriegsverlauf geändert haben. Man kann aber davon ausgehen, daß immer mehr Menschen in den umkämpften Gebieten bloß ein Ende des Kriegsgrauens wünschen, gleichgültig unter welcher politischen Herrschaft. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung der Südostukraine sich als ethnische Russen und gleichzeitig als ukrainische Staatsbürger empfindet und eine enge politische Verbindung der Ukraine mit Rußland und nicht mit der EU oder gar der NATO wollen. Wie viele von ihnen zu welchem Zeitpunkt (vor dem Krieg, zu Beginn des Krieges, heute oder morgen) gar eine Eingliederung von Teilen oder gar der ganzen Ukraine in die Rußländische Föderation wünschten, ist völlig ungewiß und ändert sich auch ständig. Dennoch greift die Interpretation des Ukrainekrieges als eines militarisierten ethnonationalen Konflikts zwischen ethnischen „Russen“ und „Ukrainern“ in der Ukraine, in dem ein irredentistisches Rußland den russischen „Landsleuten“ (*sootečestvenniki*)¹⁹ in der Ukraine Beistand leistet, viel zu kurz.²⁰ Mit

Sicherheit läßt sich jedoch feststellen, daß eine friedliche Regulierung des Konflikts in der und um die Ukraine sowohl eine innerukrainische als auch eine internationale Einigung (zwischen der Ukraine und Rußland²¹ sowie zwischen Moskau und Brüssel) erfordert, die beide möglichst gut miteinander koordiniert werden sollten und die nur aus Kompromissen bestehen können, nicht aus der Durchsetzung von Maximalforderungen. Dies setzt eine Analyse des Konflikts in der und um die Ukraine im Kontext der Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel seit 1992 und ihrer Verschlechterung in mehreren Phasen voraus.

2 Politische Kontroversen über die Ursachen der Ukraine-Krise

Heftige politische Kontroversen über die Ukraine-Krise trennen nicht nur die staatlichen und quasistaatlichen Kriegsparteien Ukraine, Rußland und Neurußland, sondern spalten auch die Gesellschaften der Ukraine und Rußlands sowie der Mitgliedsländer der EU und der NATO. Die unterschiedlichen Einstellungen der einzelnen westlichen Regierungen zur rußländischen Aggression gegen die Ukraine werden bislang durch eine gemeinsame Verhandlungs- und Sanktionspolitik überbrückt, anders als während des Irakkrieges, als der Westen sich in zwei Lager aufspaltete. In zum Teil scharfer Polemik stehen als „Putin- und Rußland-Versteher“ denunzierte oder sich selbst stolz als solche bezeichnende Politiker und Publizisten²² anderen gegenüber, die der rußlandfeindlichen Hetze bezichtigt werden.

Die zahlreichen Positionen in diesem Streit lassen sich zwei Grundorientierungen zuordnen, die in vielen Schattierungen und Differenzierungen verfochten werden. Schon bei der Wahrnehmung der Tatsachen gehen die Ansichten oft weit auseinander. Die einen sehen in dem Krieg vor allem einen Bürgerkrieg in der Ukraine, in dem Rußland „die Russen“ in der Ostukraine mit militärischen Hilfsdiensten unterstützt, die anderen einen Aggressionskrieg Rußlands, der sich der Unterstützung durch eine prorußländische Minderheit in der Bevölkerung des Donbass bedient. Dementsprechend werden auch die Details des Kriegsgeschehens selektiv wahrgenommen bzw. als kriegspropagandistische Desinformation interpretiert.

Noch viel schärferen Dissens gibt es bei der Interpretation der Ursachen der Krise und dann des Krieges in der Ukraine und demzufolge auch der Schuld an beiden. Je eindeutiger die Schuldzuweisung, desto düsterer auch die Darstellung der Zukunftsaussichten des Ost-West-Verhältnisses: Wiederauflage des Ost-West-Konflikts, neuer Kalter Krieg oder gar Weltkrieg.

Die eine Grundorientierung in der Sicht auf die Ereignisse nimmt eine ständige Ostexpansion der EU und der NATO seit 1990 wahr, die die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands als

Nachfolgerin der Sowjetunion schwerwiegend beeinträchtigte. Diese Ostexpansion habe mit der Unterstützung des Euromajdan, insbesondere des verfassungswidrigen Umsturzes in Kiew und der Vertreibung des demokratisch gewählten Präsidenten Janukovič, durch die Regierungen und wichtigsten politischen Parteien aller maßgeblichen westlichen Staaten einen Höhepunkt erreicht, auf die Rußland verständlicherweise reagiert habe oder gar reagieren mußte.

In konspirationstheoretischer Reduktion geht der Euromajdan letztlich allein auf eine Initiative der USA und der CIA zurück, die Ukraine in die westlichen Bündnisse zu integrieren mit dem Fernziel, letztlich auch die bestehende Ordnung Rußlands durch die Stimulierung nationalistischer Bewegungen und Umsturzbestrebungen zu zerstören und zu zerstückeln. Die Majdan-Aktivisten seien lediglich Marionetten der US-Botschaft in Kiew gewesen, wie der am 28. Januar 2014 zurückgetretene Ministerpräsident Mykola Azarov ein Jahr nach dem Umsturz sagte.²³ In gemäßigter Version geht der Euromajdan zwar auf eigene ukrainische Initiativen vor allem von nationalistischen, prowestlichen und antirußländischen, teils liberalen und demokratischen, teils aber auch besonders militanten rechtsradikal-faschistischen Kräften vornehmlich in den westlichen und zentralen Teilen der Ukraine zurück. Aber westliche Politiker hätten entweder in liberaler und demokratischer Naivität oder bewußt, um den Einfluß Putin-Rußlands auf die Ukraine zu schwächen, den Politikwechsel und letztlich den Umsturz in Kiew demonstrativ mittels Solidaritätsbesuchen und materieller Hilfe für die Zivilgesellschaft und die Oppositionsparteien unterstützt. Da die US-Regierung schon 2008 den NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine befürwortete und viele europäische Regierungen das Assoziations- und Freihandelsabkommen mit der Ukraine als eine Vorstufe zu einem späteren EU-Beitritt des Landes betrachteten, habe Rußland dies als eine unerträgliche Provokation und Beeinträchtigung seiner legitimen oder einfach realistischerweise in Rechnung zu stellenden Sicherheitsinteressen angesehen. Zusätzliche Argumente des Rußland- und Putin-Verstehens (das in vielen Schattierungen vom Nachvollziehen der öffentlich geäußerten Gedanken der Putin-Politik bis zu ihrer Billigung reicht) sind häufig: 1. die Angliederung der Krim an Rußland entspreche dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem Willen der russischen Mehrheit der Krimbevölkerung und mache außerdem einen Willkürakt des kommunistischen Diktators N. S. Chrusčevs aus dem Jahre 1954 rückgängig; 2. die ukrainische Nation sei keine richtige und geeinte Nation, da die Mehrheit der Bevölkerung der Ostukraine rußländisch gesinnte Russen seien; 3. ein ukrainischer Staat habe nie wirklich existiert.

In dieser Sichtweise solle der Westen die Angliederung der Krim an Rußland anerkennen²⁴ oder zumindest stillschweigend hinnehmen, für eine föderative Verfassung der Ukraine, die

die Sonderinteressen der russischen Minderheit im Osten des Landes garantiere, eintreten und die Sanktionen gegen Rußland aufheben. Die NATO solle garantieren, daß die Ukraine nicht ihr Mitglied werde, und die EU das Assoziationsabkommen mit der Ukraine so abfassen, daß es mit den ostukrainischen und russländischen Interessen an einer engen wirtschaftlichen Verknüpfung beider Staaten vereinbar sei.

Die entgegengesetzte Auffassung betont den im wesentlichen liberalen und demokratischen Charakter des Regimewechsels in Kiew, der wegen der an sich unbegründeten Flucht des Präsidenten Janukovič, der durch eine demokratische Massenbewegung lediglich zum Rücktritt gedrängt werden sollte, revolutionären, d. h. nicht völlig verfassungskonformen Charakter erhalten habe. Zwar seien auch nationalistische Rechtsextremisten (darunter auch eindeutige Faschisten) am Euromajdan beteiligt gewesen, aber ihre Parteien hätten bei den späteren Präsidentschafts- und Parlamentswahlen eindeutige Niederlagen erlitten. Im übrigen spielten solche nationalistischen Rechtsextremisten (darunter ebenfalls eindeutige Faschisten) eine mindestens ebenso große Rolle in Rußland und gehörten auch zur Normalität aller westlichen Demokratien wie insbesondere in Frankreich, Belgien, Schweden, Finnland, Ungarn. Aufgabe aller Demokraten weltweit sei es, die demokratische Bewegung in der Ukraine und die von ihr angestrebten liberalen und rechtsstaatlichen Reformen des bestehenden korrupten, oligarchischen Systems politisch, moralisch und ökonomisch zu unterstützen. Manche, vor allem US-amerikanische Republikaner, aber auch viele Europäer meinen, daß der Westen auch moderne Waffentechnologie der Ukraine zur Verfügung stellen solle, damit sie sich besser verteidigen könne. Die Ukraine sei ein souveräner Staat und habe wie jeder andere Staat ein Recht, sein gesellschaftspolitisches System selbst zu bestimmen und seine Mitgliedschaft in Staatenvereinigungen anzustreben, also auch z.B. in der EU und in der NATO. Diese hätten ihrerseits ein Recht, neue Mitgliedsstaaten nach eigenem Gutdünken aufzunehmen, Rußland habe keinerlei Vetorecht hierbei. Die territoriale Integrität der Ukraine und ihre Grenzen seien international anerkannt, auch von Rußland, insbesondere auch laut Budapester Memorandum von 1994,²⁵ in dem Rußland, die USA und Großbritannien die Souveränität und die Grenzen der Ukraine garantierten. Rußland solle seine Truppen und Waffen aus dem Osten der Ukraine abziehen und die territoriale Integrität der Ukraine anerkennen. Die NATO werde die Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine nicht mit militärischen Mitteln unterstützen. EU und NATO haben jedoch begrenzte ökonomische Sanktionen seit der Annexion der Krim eingeleitet, um Rußland zur Achtung des Völkerrechts zu drängen. Dies sei Ausdruck der gegenwärtig gespannten Beziehungen zwischen dem Westen und Rußland, die sich jedoch

jederzeit wieder entspannen können, wenn Rußland sein völkerrechtswidriges Verhalten gegenüber der Ukraine beendete. Mit Kaltem Krieg oder dem Riskieren eines Dritten Weltkrieges habe dies nichts zu tun.

Der Westen hat sich bislang auf gemeinsame Sanktionen geeinigt, obwohl einige Staaten die Sanktionen noch viel mehr verstärken wollten (USA, Großbritannien, Polen, die baltischen Länder, Rumänien, Schweden, Niederlande), andere sie eher ablehnen (Griechenland, Ungarn, Tschechien, die Slowakei, Finnland), wieder andere sich weder dafür oder dagegen engagieren (Bulgarien, Slowenien, Kroatien) und manche für gemäßigte, abgestufte befürworten (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien).²⁶ Die Befürworter von Sanktionen betonen den gefährlichen Präzedenzfall des ersten territorialen Eroberungsversuchs (im Unterschied zu einer bloßen Intervention zugunsten eines Politik- oder Regimewechsels) einer Großmacht seit 1945. Die Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen durch alle Großmächte war ein wesentlicher Grund dafür, daß die Vereinten Nationen trotz des Ost-West-Konflikts erhalten blieben. Auch wenn Sanktionen höchstwahrscheinlich in nächster Zeit keine Wiederherstellung der ukrainischen Hoheit auf der Krim erzwingen werden, seien die Sanktionen erforderlich, um Rußlands Kosten für die Eroberung zu erhöhen und Rußland von weiteren Eroberungen abzuhalten, selbst um den Preis wirtschaftlicher Einbußen in den westlichen Ländern. Viele liberale Demokraten halten die Sanktionen auch für geboten, um die liberaldemokratischen Kräfte sowohl in der Ukraine als auch in Rußland zumindest moralisch zu unterstützen, auch wenn sie kurzfristig keine sichtbaren Wirkungen hervorrufen.

Quer durch alle westlichen Länder geht die gesellschaftspolitische Gegnerschaft gegen die Sanktionen, die in der breiten Bevölkerung oftmals viel stärker ist als in der politischen Elite und den tonangebenden Medien. Sie beruht auf einer merkwürdigen Übereinstimmung aufgrund ganz unterschiedlicher Interessen und Meinungen. Manche rechts- und linksradikale oder auch gemäßigtere und rechte und linke Gruppierungen bewundern die starke Führungsfigur Wladimir Putin, weil er es wagt, der weltpolitischen Dominanz und Arroganz (verächtliche Bezeichnung Rußlands als Regionalmacht, persönliche Brüskierungen Putins) der USA entgegenzutreten, zum Teil auch wegen seines autokratischen Herrschaftsstils.

Andere befürchten eine Eskalation des Konflikts um die Ukraine zu einem großen Krieg und wollen Rußland freie Hand in „seinem“ Herrschaftsbereich lassen wie seinerzeit der Sowjetunion, als der Westen notgedrungen auch der militärischen Unterwerfung der DDR-Deutschen, der Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken zuschauen mußte. Frieden sei wichtiger als Freiheit. In der Logik dieses Arguments müssen Georgier, Ukrainer und alle anderen

GUS-Völker erst eine erneute Perestrojka in Moskau abwarten, ehe sie die von ihnen gewünschten Freiheiten verlangen und erringen dürfen. Diese „politisch realistische“ Haltung ist in Deutschland auffallend stark unter grauhaarigen, prominenten Sozial- und Freidemokraten vertreten, die seit 1968 die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion getragen hatten und der polnischen Solidarność-Bewegung mit großer Skepsis begegnet waren. Gegner der Sanktionen sind auch viele Unternehmer und Arbeitnehmer, die die Kosten der Sanktionen und Gegensanktionen in Form von Verlusten an Gewinnen, zukünftigen Handels- und Investitionschancen (in der Konkurrenz mit China) und Arbeitsplätzen fürchten.

3 Die gesellschaftspolitische Spaltung des postkommunistischen Europas

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft im Osten Europas und der Mongolei war der Ost-West-Konflikt zumindest in Europa beendet. Das gesamte kommunistische Europa schien sich zu verwestlichen, d. h. die kapitalistische Marktwirtschaft, das liberal-demokratische politische System und die nationalstaatliche Staatenordnung zu übernehmen. Schrittweise begaben sich das westliche postkommunistische Europa, d. h. die kleineren WVO-Staaten, die postjugoslawischen Staaten, Albanien und die baltischen Staaten auf den Weg der Integration in das westliche Bündnissystem von Brüssel, in die EG/EU und die NATO. Im Osten des postkommunistischen Europas entstand aus dem Zerfall der Sowjetunion ohne die baltischen Staaten die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) unter Führung Moskaus. Zwar gab es auch in Russland Vorstellung, daß sich die GUS auf der Basis von Kapitalismus bzw. der Marktwirtschaft, der liberalen Demokratie und der Nationalstaatlichkeit sowie nach dem Vorbild der EG neu integrieren sollte. Viele GUS-Staaten beschritten aber rasch einen neoautokratischen Entwicklungsweg. Daraus entwickelte sich eine durch harte Konflikte gekennzeichnete Integrationskonkurrenz zwischen Moskau und Brüssel²⁷ und eine neue gesellschaftspolitische Spaltung, die in den Krieg um und in der Ukraine mündete.

Moskau wollte anfangs auch Teile des westlichen postkommunistischen Europas – insbesondere die baltischen Staaten, das orthodox-slawische Bulgarien und die serbisch dominierte Bundesrepublik Jugoslawien – in sein eigenes Bündnissystem integrieren oder zumindest ihre Eingliederung in die EG und vor allem in die NATO verhindern. Umgekehrt bemühte sich der Westen, die GUS-Staaten einzubinden: in sein sicherheitspolitisches System durch die Partnerschaft für den Frieden, die NATO-Ukraine-Charta und den NATO-Rußland-Rat; wirtschafts- und gesellschaftspolitisch durch die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Östli-

che Partnerschaft, an denen Rußland nicht teilnehmen wollte, so daß die EU mit Moskau eine Kooperation in vier „gemeinsamen Räumen vereinbarte. Hinzu kamen die Beteiligung Rußlands an den Gipfeltreffen von G 7/8 sowie die Aufnahme in die WTO und andere westliche Organisationen. Wären die GUS-Staaten auf dem Wege der Verwestlichung verblieben, so hätte sich eine kooperative Koexistenz der EG/EU mit der GUS wie mit der NAFTA und der NATO mit der OVKS (dem sicherheitspolitischen Kern der GUS) wie mit Japan, Australien und Indien und anderen Staaten und internationalen Organisationen entwickeln können. Eine solche Entwicklung wurde durch eine neoautokratische Wende in den GUS-Staaten verhindert, die zu einem neuen gesellschaftspolitischen und demzufolge auch außenpolitischen Antagonismus mit dem Westen führte, der sich zunächst nur in wiederholten internationalen Spannungen ausdrückte, seit Februar 2014 jedoch verschärfte Formen annahm, was bei Zeitgenossen die Angst vor einem neuen Kalten Krieg oder gar einem Dritten Weltkrieg aufkommen ließ. Gegen die neoautokratische Wende in den GUS-Staaten wandten sich wiederholt mehr oder weniger starke Demokratisierungsbewegungen, so daß die Integrationskonkurrenz zwischen dem neoautokratischen Moskau und dem liberal-demokratischen Brüssel auch die GUS und ihre nationalen Gesellschaften, so jüngst die Ukraine, gesellschaftspolitisch spaltete.

4 Die phasenweise Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel seit 1993

Die neoautokratische Wende und die Abwendung von dem Ziel einer Verwestlichung vollzogen sich in Rußland in vielen kleinen Schritten. Entscheidend waren die Verabschiedung einer Verfassung, die eine außergewöhnliche starke Stellung des Präsidenten und eine dem entsprechende geringere Rolle des Parlaments festlegte,²⁸ und die Parlamentswahlen im Dezember 1993, bei denen nur ein Drittel der Wähler sich für liberale und demokratische Parteien, die übrigen sich aber für neoautokratische Parteien entschieden, die allerdings zunächst die beträchtlichen demokratischen Ansätze in den rechtlichen und faktischen Verfassungsstrukturen nicht gefährdeten. Durch eigene politische Fehler und später zunehmend durch staatliche Repression schrumpften die liberalen, demokratischen Parteien und Organisationen zu sehr kleinen gesellschaftspolitischen Minderheiten. Die zum Teil chaotischen, durch den Verfall des Weltölpreises geförderten wirtschaftlichen und auch gesellschaftlichen Entwicklungen begünstigten noch unter Boris Jelzin die Entstehung einer „befristeten, plebiszitären Adoptiv-Autokratie“²⁹, die Vladimir Putin an die Macht brachte und die dieser schrittweise ausbaute. Dieses politische System enthält aber durchaus noch einige wichtige verfassungsrechtliche

und demokratische Elemente, die in Zukunft wichtig werden könnten. Der Präsident wird nicht auf Lebenszeit gewählt wie in anderen Neoautokratien. Es finden regelmäßig Wahlen statt, gegen deren Manipulation Protestbewegungen entstehen können. Es bestehen noch gesellschaftliche Nischen demokratischer Organisationen und Medien. Auch in anderen GUS-Staaten entstanden recht unterschiedliche neoautokratische Systeme eigener Prägung, die wie der Kreml liberale, demokratische Bewegungen fürchten und bekämpfen, aber ideologisch, wirtschaftlich, innen- und außenpolitisch durchaus eigene Wege zu beschreiten bemüht sind.

Seit 1993 haben sich die Beziehungen zwischen Moskau – mal nur als Zentrum Rußlands, mal als das einiger GUS-Staaten – und Brüssel wiederholt phasenweise verschlechtert und dann wieder notdürftig verbessert. Die Ost-Erweiterungen der NATO, weniger die der EG/EU sowie die Entstehung der Europäische Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft stießen in Rußland auf mehr oder weniger scharfe Kritik und auf politischen Widerstand. Der Rückgang des Moskauer Einflusses auf dem Balkan im Zuge der Kriege im untergehenden Jugoslawien und in den jugoslawischen Nachfolgestaaten, vor allem im Kosovokrieg 1999 spielte eine wichtige Rolle bei der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel in der auslaufenden Jelzin-Ära. Der zweite Tschetschenienkrieg ist eng mit dem politischen Aufstieg Vladimir Putins verbunden und gab der autokratischen Entwicklung Rußlands nicht zu unterschätzende Impulse. Während Rußland den westlichen Afghanistankrieg eher unterstützte und den Irakkrieg insgesamt politisch duldete, spitzten sich die Beziehungen während des Libyen- und des Syrienkrieges wieder zu, vor allem aber während des Georgien- bzw. Südossetienkrieges im August 2008, nachdem die meisten westlichen Staaten trotz Rußlands Widerspruch die Unabhängigkeit Kosovos im Februar anerkannt hatten.³⁰

Die neoautokratische Machtelite in Rußland, die unter Vladimir Putin von einer sehr großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird – Putin ist dank einer durch den bis vor kurzem hohen Welterdölpreis ermöglichten wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung weitaus populärer³¹ als Barack Obama in den USA und Angela Merkel in Deutschland, gleichzeitig ist das neoautokratische System mittelfristig fragiler als das demokratische System der westlichen Staaten – fühlt sich immer mehr durch die westliche Politik in der GUS und die nationalen Demokratisierungsbewegungen in den GUS-Staaten gefährdet, die nicht als Ausdruck der Schwäche der bestehenden Regime, sondern als Manipulationsprodukte der Geheimdienste, liberal-demokratischer Nichtregierungsorganisationen, der Medienpropaganda aus dem Westen und spalterischer westlicher Einmischung in die GUS interpretiert werden. Als Komponenten der westlichen Subversionspolitik gelten die Entstehung der GUAM, die Unterstüt-

zung der Farbrevolutionen in Georgien, der Ukraine, in Kirgistan, die Ankündigung der Regierung von George W. Bush, Georgien und die Ukraine im März 2008 in die NATO aufzunehmen (was durch Frankreich und Deutschland blockiert wurde) und vieles andere mehr. Die revolutionären Umbrüche in mehreren arabischen Ländern seit Dezember 2010 stimulierten erneut die Furcht der Machteliten der Staaten der GUS und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit vor ähnlichen Ereignissen in den eigenen Ländern, so daß sie 2014 sogar „antiterroristische“ Manöver zur Bekämpfung von Farbrevolutionen abhielten.³² Der für den November 2013 angesetzte Abschluß eines Assoziationsabkommens der EU mit der Ukraine, der die Hoffnung Rußlands auf eine Einbeziehung der Ukraine in die geplante Eurasische Wirtschaftsunion zunichte gemacht hätte, war für Rußland Anlaß, dies mit der Androhung von Sanktionen und dem Angebot von finanziellen Anreizen gegenüber der Ukraine zu verhindern, denen sich die Staatsführung unter Janukovyč beugte. Dies wiederum rief den Euromajdan, der von zahlreichen westlichen Politikern unterstützt wurde, und den Sturz des Janukovyč-Regimes hervor, was nunmehr die Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel drastisch verschlechterte. Beide Seiten, Moskau und Brüssel, mischten sich massiv in die ukrainischen Auseinandersetzungen um die außenpolitische Orientierung dieses Landes ein, ohne die Folgen für die Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel und den regionalen Zusammenhalt der Ukraine hinreichend zu bedenken. Lange Zeit hatte die Europäische Union kein besonderes Interesse an der Ukraine gezeigt. Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde gar 2004 geschaffen, um eine weitere Osterweiterung der EU nach derjenigen um Ostmitteleuropa und prospektive Südosteuropa zu verhindern, gleichwohl aber einen Gürtel von Staaten im Osten und Süden der EU zu schaffen, die sich möglichst in ihren ökonomischen und politischen Strukturen denen der EU angleichen sollten.³³ Allerdings drängten dann Polen und Schweden darauf, mit der Etablierung der Östlichen Partnerschaft³⁴ 2009 den ost-europäischen Staaten dennoch eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Dementsprechend wurde das Assoziations- und Freihandelsabkommen konzipiert. Im Sinne einer Angleichung an die rechtspolitischen Standards im westlichen Europa übte die EU massiven Druck auf den Präsidenten Janukovič und seine Regierung aus, das harsche Urteil gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, paradoxerweise wegen Rußland zu weit entgegenkommender Gaspreise, als Voraussetzung der Bereitschaft der EU, das Assoziations- und Freihandelsabkommen zu unterzeichnen, aufzuheben bzw. zu mildern.³⁵ Die EU zeigte vor dem Gipfel in Vilnius auch keinerlei Bereitschaft, der Ukraine in ihrer Finanznot beizustehen, so daß Präsident Janukovič dem Drängen des Präsidenten Putins auf Nichtunterzeichnung des Abkom-

mens mit der EU aus innenpolitischen und ökonomischen Gründen nachgab. Er veranlaßte das Parlament und die Regierung, am 21. November 2013 die Suspendierung des Abkommens zu beschließen. Dies löste international völlig unerwartet, die von Millionen Ukrainern getragene Bewegung des Euromajdan aus, die rasch von den Oppositionsparteien im Parlament und schließlich auch vom Westen unterstützt wurde. Sie verband mit der außenpolitischen Anbindung an den Westen die Verwestlichung (Liberalisierung, Demokratisierung, Beseitigung der Oligarchenherrschaft und der Korruption) des Landes und eine Abkehr von der neoautokratischen Angleichung der Ukraine an das Putinsche Modell der Herrschaft.

Rußlands Präsident Putin hatte bereits Ende 2004 die Revolution in Orange in der Ukraine als Gefährdung der außenpolitischen Interessen Rußlands wie auch längerfristig seines eigenen Regimes interpretiert und dementsprechend den Präsidentschaftskandidaten Janukovič und die Partei der Regionen gegen seine Kontrahenten Viktor Juščenko und Julija Tymošenko und ihre Parteien vergeblich unterstützt. Aber der regulären Wahl von Viktor Janukovič im 2010 verdankte Rußland die Verlängerung des Pachtabkommens des Marine-Hafens von Sevastopol', das 2017 ausgelaufen wäre, bis zum Jahre 2042. Unter einem Präsidenten Juščenko wäre das vielleicht nicht geschehen. Nach der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die NATO im Jahre 2004 schien das Schwarze Meer im Falle einer Westbindung der Ukraine endgültig zum NATO-Meer zu werden. Diese Gefahr wurde in der Sicht Rußlands durch den erzwungenen Regierungswechsel in Kiew erneut aktuell. Er beinhaltete den Mißerfolg der bisherigen zivilen Integrationspolitik Rußlands mit ökonomischen Anreizen und Pressionen im wichtigsten Nachbarland in der GUS. Er löste schließlich die Entscheidung des Kremls zur militärischen Okkupation und Annexion der Krim aus, der die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Rußland folgten, die es durch Gegensanktionen beantwortete.³⁶ Mit dem Interventions- und Bürgerkrieg im Osten der Ukraine wurde eine weitere Eskalationsstufe beschritten. Auch wenn Rußland die Hauptverantwortung für die Eskalation zum Krieg trägt, so ist er auch das Resultat der Unfähigkeit der ukrainischen Innenpolitik wie der internationalen Politik, eine friedliche Regulierung der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau, d. h. auch zwischen westlicher Demokratie und neuartiger östlicher Autokratie, zu entwickeln.

5 Vergleich des historischen Ost-West-Konflikts mit dem neuen Konflikt zwischen Moskau und Brüssel

Die weit verbreitete Angst vor einem Wiederaufleben des Ost-West-Konflikts oder gar des Kalten Krieges, der die Gefahr eines Dritten Weltkrieges enthielt, macht es erforderlich, die

wichtigen Unterschiede zwischen diesem historischen Konflikt und dem neuen Moskau-Brüssel-Konflikt herauszuarbeiten.

Der historische Ost-West-Konflikt von 1917-1991 (der in Nachwehen in einigen Teilen der Welt noch andauert) war eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern zweier unvereinbarer, universaler gesellschaftspolitischen Ordnungen. Oft ist irreführend von Ideologien die Rede, doch es ging bei diesem Konflikt nicht nur um Ideensysteme oder geistige Vorstellungen, sondern um reale wirtschaftliche und politische Systeme und um die Interessen der sie tragenden gesellschaftlichen Schichten und politischen Parteien, d. h. Parteien und sonstiger gesellschaftlicher Organisationen aller Art. Er war also weit mehr als ein bloßer Weltmachtkonflikt zwischen der UdSSR und den USA. Die beiden Systeme unterschieden sich nicht nur deutlich als Wirtschafts-, sondern gleichzeitig als innenpolitische und internationale Ordnungen. Die Anhänger beider Systeme erhoben einen missionarischen und universalen gesellschaftspolitischen Anspruch für die ganze Menschheit und sie waren in völlig unterschiedlicher Stärke in sämtlichen Ländern der Erde vertreten. Fast überall gab es Kommunisten, fast überall gab es Anhänger der kapitalistischen Ordnung und der liberalen Demokratie. „Osten“ war lediglich die eurozentrische geographische Metapher für die 16 Länder, in denen Kommunisten historisch zunächst die Macht ergreifen konnten und eine zentralstaatlich organisierte Planwirtschaft organisierten, die zuletzt ein Viertel der Landoberfläche mit einem Drittel der Weltbevölkerung umfaßten. Gleichzeitig schufen sie unter Aufhebung der Gewaltenteilung und des Parlamentarismus eine Einparteiendiktatur, die eine höhere Form der Demokratie sein wollte. Schließlich wollten sie eine Staatenordnung aufs engste verbündeter sozialistischer Nationalrepubliken, zunächst in Form einer internationalen Weltrepublik, dann in Form eines sozialistischen Weltsystems unter möglichst einheitlicher, dem „proletarischen und sozialistischen Internationalismus“ verpflichteter diktatorischer Führung schaffen.³⁷

Der „Westen“ bestand aus den zahlreichen übrigen Ländern mit einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung, vor allem aus den Industrieländern. Aber auch die meisten Entwicklungsländer, die später „Dritte Welt“ genannt wurden, gehörten zum kapitalistischen Weltsystem. Nach dem Untergang der Mächte der weltpolitischen „Mitte“ der hier stark vereinfacht faschistisch genannten kapitalistischen Staaten waren die mächtigsten Staaten dieses Weltsystems allesamt liberale Demokratien, aber viele der mit ihnen gegen den kommunistischen Weltteil verbündeten Staaten waren kapitalistische Diktaturen, so daß der Gegensatz der politischen Systeme in den beiden Teilweltordnungen nur ein sekundärer war. In Bezug auf die Staatenordnung strebte der Westen eine pluralistische Ordnung von Nationalstaaten

mit einem geringen Organisationsgrad (Völkerbund, Vereinte Nationen) auf der Basis eines liberalen Weltwirtschaftssystems und eines gemeinsamen Völkerrechts an. Zwar erhoben auch in diesem System die mächtigsten Staaten und vor allem die USA Führungsansprüche, konnten und wollten sie aber zumindest gegenüber den anderen Demokratien nicht diktatorisch durchsetzen, wohl aber in einigen Entwicklungsländern.

Langfristig strebte der Westen die Verwestlichung der ganzen Welt, d. h. erstens den Übergang zur kapitalistischen, mehr oder weniger sozialen Marktwirtschaft, zweitens die Liberalisierung und Demokratisierung der Regierungssysteme aller Staaten an, was drittens ihre Nationalisierung (d. h. Umwandlung in Staatsnationen oder Aufteilung in Nationalstaaten gemäß dem demokratischen Willen ihrer Teilbevölkerungen) und gleichzeitig ihre freiwillige internationale Assoziation implizierte. Umgekehrt strebte der Osten die Veröstlichung der ganzen Welt, also ihre Sozialisierung im kommunistischen Sinne an – auch wenn sich bis in die 1970er Jahre ein scharfer, zum Teil kriegerisch ausgetragener Interessengegensatz zwischen den Verfechtern höchst unterschiedlicher Vorstellungen weltkommunistischer Organisation entwickelte, vor allem zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Diese Interessengegensätze waren kriegsträchtiger als die durchaus heftigen, aber nicht kriegsträchtigen Interessenkonflikte zwischen den kapitalistischen Industriestaaten.

Der Ost-West-Systemgegensatz wurde durch die wechselseitige Abschreckung sowohl zwischen den beiden Weltmächten Sowjetunion und USA als auch zwischen ihren beiden Bündnisystemen, in Europa also zwischen WVO und NATO, institutionalisiert und in gewisser Hinsicht auch stabilisiert, während er in den Entwicklungsländern dynamisch und durch zahlreiche lokale Kriege gekennzeichnet blieb. Innerhalb der beiden Teilweltsysteme konnten die jeweiligen Vormächte ungestraft begrenzte Kriege führen. Das nukleare Abschreckungssystem mit wechselseitiger Zweitschlagkapazität führte dazu, daß der Westen sich militärisch nicht in Konflikte in Osteuropa (1953, 1956, Mauerbau zu Beendigung der Westflucht aus der DDR 1961, 1968, 1981) einmischte ebenso wie der Osten die Kommunisten Westeuropas nicht militärisch unterstützte, wohl aber vereinzelt in der Dritten Welt.

Die Protagonisten beider Systeme wollten ihren universalen Geltungsanspruch nicht durch Welteroberung durchsetzen, sondern vertrauten überwiegend, wenn auch nicht ausschließlich auf die wie auch immer außenpolitisch und ein wenig durch militärische Nachhilfe im Form von Militärinterventionen geförderte Ausbreitung ihrer gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen im jeweils gegnerischen System. Die Verwestlichung Ostmittel- und Südosteuro-

pas war erst möglich, als der Kommunismus auch im Zentrum der östlichen Macht, in der Sowjetunion und in der RSFSR, ins Wanken geriet.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft im Osten Europas änderte sich nichts am Weltgeltungsanspruch der westlichen Gesellschaftspolitik. Im Gegenteil, er schien eine großartige historische Bestätigung erlangt zu haben. Manche Zeitgenossen verkündeten gar das Ende aller Konflikte um eine weltpolitische Ordnung, da es nach dem historischen Untergang des Faschismus und des Kommunismus keine ernsthaften Gegner mit einer Alternative zur liberalen, demokratischen und kapitalistischen Weltordnung mehr gäbe, allenfalls noch für eine längere Zeit Konflikte mit lokalen und regionalen Kräften, die sich der Liberalisierung, der Demokratisierung und der Einbeziehung in die kapitalistische Weltwirtschaft widersetzen.³⁸ Das Zeitalter des ewigen, des liberalen und demokratischen Weltfriedens schien in historischer Sichtnähe zu sein. Alle postkommunistischen Länder und auch fast alle von sich weiterhin kommunistisch nennenden Parteien regierten Länder gingen zur kapitalistischen Marktwirtschaft über, die nunmehr aus einer Teilweltwirtschaftsordnung zur tatsächlich globalen Wirtschaftsordnung wurde. Alle drei multinationalen Staaten des kommunistischen Europas zerfielen in ihre nationalstaatlichen Komponenten, so daß auch das zwischenstaatliche, „internationalistische“ kommunistische Organisationsprinzip sich in nichts auflöste und sich das Prinzip der demokratischen Nationalstaatenassoziation durchsetzte.

Alle Regierungen und fast alle Parteien der postkommunistischen Staaten verkündeten ihre Absicht, von der kommunistischen Einparteiendiktatur zur pluralistischen Demokratie überzugehen, setzten aber diese Absicht in mehreren Ländern nur unvollständig durch und begannen dort, wieder neue autokratische Elemente in ihre politischen Systeme einzuführen. Dies ist der tiefere Grund dafür, daß nach 1991 erneut ein gesellschaftspolitischer Antagonismus im exkommunistischen Europas entstand. Dieser spaltete es in ein sich liberalisierendes und demokratisierendes Ostmittel-, Südosteuropa und in geringerem Maße auch Osteuropa, das sich in die westlichen Bündnissysteme integrieren wollte, und einen autokratischen Osten spaltete, der die Ostausdehnung der NATO und dann auch der EU als Bedrohung wahrnahm.

Der neue Moskau-Brüssel-Konflikt unterscheidet sich somit trotz einiger Gemeinsamkeiten vom historischen Ost-West-Konflikt durch folgende Merkmale:

a) Es existieren zwar erhebliche politische Spannungen, aber wahrscheinlich keine Gefahr zur Eskalation dieser Spannungen zu einem umfassenden „Ost-West“-Krieg, noch nicht einmal zu einem Kalten Krieg, weil es sowohl in Brüssel als auch in Moskau keine ernsthafte Bereit-

schaft gibt, eine Politik am Rande eines Nuklearkrieges zu führen.³⁹ Die NATO hat eindeutig erklärt, daß sie nicht bereit ist, die Ukraine militärisch zu verteidigen und Rußland wird es nicht wagen, in Estland und Lettland, also in NATO-Land, eine verdeckte Militärintervention und Eroberungspolitik wie in der Ostukraine zu betreiben. Nicht Polen und die baltischen Länder sind in Zukunft von der expansiven Politik Rußlands bedroht, sondern Belarus und Kasachstan,⁴⁰ falls dort eines Tages demokratische Massenbewegungen oder Wechsel in der Außenpolitik entstehen. Die nukleare Abschreckung zwischen Rußland und der NATO funktioniert stillschweigend, dazu bedarf es keiner expliziten Drohungen. Rußland besitzt einen militärischen Blankoscheck für die Ukraine und eine eindeutige militärische Eskalationsdominanz, die die NATO auch nicht durch Waffenlieferungen an die Ukraine aushebeln kann und vermutlich auch nicht durch militärischen Beistand für die Ukraine beseitigen wird.

b) Zwischen Brüssel und Moskau besteht kein prinzipieller Gegensatz der Wirtschaftssysteme wie im historischen Ost-West-Konflikt, wenn auch im Osten starke staatskapitalistische Elemente vorherrschen. Die GUS-Staaten sind in die kapitalistische Weltwirtschaft weitgehend integriert. Damit ist prinzipiell eine Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion und ein Kompromiß über die Ukraine-Frage möglich.

c) Die Neautokratien besitzen keine gemeinsame, universale gesellschaftspolitische Programmatik, wohl aber eine gemeinsame Gegnerschaft gegen liberal-demokratische Gefährdungen. Weil sie keine alternative, universale Konzeption einer Weltordnung zum liberalen und demokratischen Universalismus besitzen, müssen sie notwendig einen uneingeschränkten Nationalismus propagieren. Während jedoch alle kleineren GUS-Staaten einem defensiven, status-quo-orientierten Nationalismus huldigen, ist Rußland mehr und mehr zu einem die Staatsgrenzen der Rußländischen Föderation überschreitenden Nationalismus übergegangen und versteht sich als Hüter des „nahen Auslands“ und der Einheit des „postsowjetischen Raums“, der „geopolitisch“ und „geostrategisch“ (d.h. geomilitärisch) gegen alle westlichen, subversiven politischen Interventionen zu bewahren sei.⁴¹ Solange dazu friedliche Maßnahmen wie ökonomische und politische Anreize und Pressionen ausreichen, wurden diese bevorzugt. Immer wieder erneuerte Initiativen zum engeren Zusammenschluß zumindest einiger GUS-Staaten verfolgten dieses Ziel. So unterstützte der Kreml 2004 die Partei der Regionen und Viktor Janukovič gegen die Protagonisten der „Revolution in Orange“ und erreichte noch 2013 durch finanzielle Anreize und ökonomische Pressionen, daß Regierung und Parlament der Ukraine die Unterzeichnung der Assoziationsabkommens mit der EU suspendierten. Als die westliche Demokratie auf diesem Felde des ökonomischen und politischen Wettbewerbs

jedoch begann, auch in einigen GUS-Staaten die Oberhand zu gewinnen, zuerst in Georgien, schließlich auch in der Ukraine, ging Rußland zur expansiven Militärpolitik über.

Der Nationalismus in Rußland ist bei näherem Hinsehen ein Konglomerat von recht verschiedenen, zum Teil einander widersprechenden Nationalismen. Der harte Kern ist ein russisch-ethnischer Nationalismus, der oft orthodox-klerikal eingekleidet ist. Ein erweiterter Nationalismus bezieht alle Russischsprachigen ein, zu denen auch viele Ukrainer zählen. Ein panrussischer (alle Ostslawen als Russen bezeichnender) Nationalismus negiert die Existenz einer ukrainischen und einer belarusischen Nation und Sprache. Diese beiden ostslawischen Sprachen werden von seinen Anhängern lediglich als Dialekte des Russischen angesehen. Ein rußländischer Reichs- und Großmachtnationalismus hat oft keine Schwierigkeiten, gleichzeitig die imperiale Politik des Zaren Heiliger Nikolaj II. und des kommunistischen Diktators Iosif V. Stalin zu glorifizieren und beide Traditionen in einem gemeinsamen Geschichtsbild zu verschmelzen. Dieser Großmachtnationalismus ist nominell polyethnisch bzw. „multinational“ sowie multireligiös und bikontinental („eurasisch“) ausgerichtet, betont aber oft seinen russisch-orthodoxen Kern. Dasselbe gilt für den wenig ausgeprägten, und im Volksbewußtsein nur schwach verankerten Staatsnationalismus der „Rußländischen Föderation - Rußland“, der seine bestehenden, allgemein völkerrechtlich anerkannten Grenzen und damit auch die der Nachbarstaaten anerkennt. Dieser Staatsname charakterisiert treffend den Zwittercharakter des Staates sowohl als russischer Nationalstaat als auch als föderativer Multinationalstaat.

Nationalismus hat die doppelte Funktion der Abgrenzung einer Nation von anderen Nationen und gleichzeitig der Einigung einer Nation aus ganz unterschiedlichen Regionen, sozialen Schichten und Klassen, oft auch heterogenen ethnischen und religiösen Bevölkerungsteilen. Vor allem bei aktuellen oder drohenden sozialen und innenpolitischen Konflikten, die das bestehende Herrschaftssystem gefährden, neigen manche Regierungen dazu, mit einer expansiven Militärpolitik und nationalistischer Propaganda einen nationalen Konsens zu erzeugen, um ihre Herrschaft zu stabilisieren. Das entsprechende Theorem der Ablenkung von inneren Konflikten durch expansive Außenpolitik ist zwar in der Politikwissenschaft und in der Publizistik sehr beliebt, läßt sich aber nur selten empirisch untermauern. So kann die These, daß die derzeitige politische Elite in Rußland mit ihrer militärischen Expansionspolitik einer drohenden Gefährdung ihrer Herrschaft durch soziale und innenpolitische Unruhen im Falle eines wirtschaftlichen Niedergangs des Landes wegen fallender Weltenergiepreise und ausbleibender Modernisierung entgentreten will, vorerst nur eine nicht ganz unplausible Hypothese bleiben.⁴² Sie impliziert, daß die geistige, liberal-demokratische Infektion der Bevölkerung

Rußlands durch die Demokratisierungsbewegung in der Ukraine und in Georgien über die Vorbildwirkung der Länder der Europäischen Union und Nordamerikas hinaus erheblich vergrößert werden könnte. Damit würde die Furcht der Machtelite Rußlands vor einem vom Euromajdan 2013/14 ausgehenden Dominoeffekt wie Ende der 1980er Jahre in Osteuropa und vor wenigen Jahren in den arabischen Ländern den Übergang von der bisherigen pragmatischen Status-quo-Politik mit friedlichen Einfluß- und Druckmitteln zur militärischen Eroberungs- und Interventionspolitik erklären. Im Grunde wäre es nicht zunehmende politische und militärische Stärke sondern wachsende ökonomische und innenpolitische Schwäche Rußlands und eine abnehmende ökonomisch-politische Integrationskraft Rußlands innerhalb der GUS, die die Machtelite mit Putin veranlaßt, eine Flucht nach vorn anzutreten. Sie kann zwar kurzfristig Erfolg haben, erreicht aber wohl mittelfristig das Gegenteil des Angestrebten: eine weitere Schwächung und schließlich den Zusammenbruch des bestehenden politischen Systems.

d) Größere Ähnlichkeit mit dem historischen Ost-West-Konflikt besitzt der gegenwärtige Moskau-Brüssel-Konflikt in Bezug auf die Unvereinbarkeit der politischen Systeme, obwohl auch hier wichtige Unterschiede zwischen dem kommunistischen System in der Sowjetunion und dem putinistischen System in Rußland bestehen, das bisher noch mehr Freiheitsräume duldet als das erstere vor dem Beginn der kurzen Perestrojka-Phase. Es beruht immerhin auf der prinzipiellen Anerkennung einiger Gemeinsamkeiten mit dem Westen. Nicht unbedeutend ist, daß sich der gegenwärtige Konflikt rhetorisch auf der diplomatischen Bühne als Konflikt zwischen „Partnern“ abspielt, nicht zwischen „Gegnern“ oder gar „Feinden“, auch wenn die rußländische Propaganda in den Massenmedien schon den Kampf gegen die „faschistischen Feinde“ in der ukrainischen „Junta“ und ihre angeblichen Handlanger im Westen führt.

Somit bestehen heute im Moskau-Brüssel-Konflikt weitaus mehr friedliche Konfliktregulierungsmöglichkeiten als zu Zeiten des historischen Ost-West-Konflikts, von einer Neuauflage des Ost-West-Konflikts kann keine Rede sein.

6 Konfliktszenarien im Ukraine-Krieg

Es lassen sich folgende Szenarien der weiteren Entwicklung des Ukraine-Krieges und des Moskau-Brüssel-Konflikts formulieren.

1. Der in Minsk am 12. Februar 2015 vereinbarte und bisher noch recht brüchige Waffenstillstand wird dauerhaft von beiden Kriegsparteien eingehalten. Dazu könnte eine friedenserhaltende Mission der Vereinten Nationen an der Waffenstillstandslinie beitragen, an der sich am

besten die neutralen Staaten Europas (Finnland, Schweden, Österreich, Schweiz, Irland) und evtl. auch Länder wie Indien beteiligen sollten. Die Ukraine (ohne Krim und Donbass) würde sich dann faktisch immer mehr der EU und der NATO annähern, könnte vielleicht sogar Mitglied der EU (wie Zypern) werden, ohne daß sie die territoriale Teilung anerkennt.

2 Einem dauerhaften Waffenstillstand könnte nach langer Zeit ein (Friedens-)Vertrag folgen, in dem die Ukraine den Verlust der Krim und des Donbass anerkennt, damit die Restukraine Mitglied in der EU und in der NATO werden kann. (Zumindest die NATO wird es nicht wagen, ein in Teilen von Rußland besetztes Land wie die Ukraine oder Georgien als Mitglieder aufzunehmen, weil die faktische Duldung einer rechtswidrigen Okkupation von NATO-Territorium dem Verteidigungszweck der NATO widerspräche.) Dieses Szenario wird wohl noch sehr lange keine mehrheitliche Unterstützung in der Ukraine finden.

3. Folgt man den Erklärungen der ukrainischen Separatisten und rußländischen Interventen in „Neurußland“, so ist mit einer Fortsetzung des Interventions- und Separationskrieges mit unterschiedlichen Etappen- oder auch Endzielen und zum Teil auch in unterschiedlicher Reihenfolge zu rechnen: a) Eroberung der von ihnen noch nicht besetzten Teile der Gebiete Donec’k und Lugans’k, b) Eroberung der Gebiete Zaporizžija und Cherson, um eine Landverbindung zwischen Rußlands und der Krim herzustellen, c) Eroberung der Gebiete Charkiv, Dnipropetrovsk, Mykolaïv und Odesa, die von manchen ebenfalls zu „Neurußland“ gerechnet werden. Dies würde eine Landverbindung zu Transnistrien in Moldau herstellen und die Restukraine vom Zugang zum Schwarzen Meer abschneiden. Manche panrussischen Nationalisten, die die Existenz einer ukrainischen Nation in Abrede stellen, hoffen auf d), die Eroberung der Mittelukraine mit Kiew als Heimat des orthodoxen, „heiligen Rußlands“ und sogar e) auf die Eroberung auch der Westukraine.

Politisch lassen sich damit ebenfalls mehrere Szenarien verbinden. a) Nach der Eroberung Neuußlands soll in der Vorstellung der Sprecher der „Volksrepubliken“ eine Vereinigung mit Rußland folgen (Neurußland-Annexionszenario). b) Die bloße Androhung einer Annexion der eroberten Gebiete soll die Ukraine (ohne Krim) zwingen, der Eurasischen Wirtschaftsunion beizutreten (EWU-Erpressungs-Szenario). c) Herstellung einer De-facto-Staatlichkeit „Neurußlands“ nach dem Muster Transnistriens, Bergkarabachs und Nordzyperns auf unabsehbare Dauer, womit die NATO und die EU bewegt werden sollen, von einer Aufnahme der Ukraine wegen ihres ungelösten territorialen Konflikts abzusehen. d) Anerkennung der Unabhängigkeit „Neurußlands“ oder einzelner „Volksrepubliken“ nach dem Muster der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens, auf die dann Beistands- und Truppenstationierungsverträge

folgen. Der Kreml ist offenbar noch nicht auf eine der zahlreichen Varianten des fortgesetzten Eroberungsszenarios festgelegt.

4 Folgt man der Vorstellung vieler Ukrainer und mancher US-Amerikaner, so läßt sich die territoriale Integrität der Ukraine militärisch durch eine Rückeroberung des Donbass (und evtl. auch der Krim) mittels einer Aufrüstung und Modernisierung der ukrainischen Streitkräfte durch den Westen wiederherstellen. Das erste Teilszenario würde einen militärischen Sieg über die Separatisten und Intervenenten im Donbass, das zweite einen siegreichen Krieg gegen ganz Rußland voraussetzen. Beide Szenarien sind völlig unwahrscheinlich. Eine militärische Zurückdrängung der Separatisten würde ab einem bestimmten Zeitpunkt den Übergang von der verdeckten rußländischen Intervention zum offenen Krieg zwischen Rußland und der Ukraine einleiten, einen Krieg, den die Ukraine nur verlieren kann.

7 Die Integration der Ukraine in die EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion in eine gesamteuropäische Ordnung der Wirtschaft und der Sicherheit

Ein 5. Szenario würde einen internationalen und zugleich einen innerukrainischen Kompromiß vorsehen. Die EU (mit Unterstützung oder Duldung durch die USA), Rußland und die Ukraine erkennen, daß der Konflikt in und um die Ukraine aus der Konfrontation zwischen EU und EWU und gleichzeitig einer politischen Spaltung in der Ukraine resultiert. Ein solcher Kompromiß müßte wirtschafts-, gesellschafts- und sicherheitspolitische Interessen sowohl Moskaus und Brüssels als auch der Konfliktparteien in der Ukraine berücksichtigen.⁴³

Er könnte die internationale Neutralisierung der Ukraine (nach dem Vorbild Finnlands während des Ost-West-Konflikts) beinhalten, die der Ukraine eine Anbindung an die – und nach grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Reformen – auch eine Mitgliedschaft in der EU erlaubt.⁴⁴ Dieser Kompromiß müßte vor allem auch eine Lösung für das Problem beinhalten, daß Rußland und auch Teile der ostukrainischen Industrie eine wesentliche Beschneidung ihrer Wirtschaftsinteressen als Folge des Assoziations- und Freihandelsabkommens der EU und der Ukraine befürchten. Vor dem November 2013 hieß es, daß ein Assoziationsabkommen mit der EU und eine Mitgliedschaft in der Zollunion Rußlands und anderer GUS-Staaten einander ausschließen, sich die Ukraine also für den Westen oder Rußland entscheiden müsse.⁴⁵ Diese Unvereinbarkeit der beiden ökonomischen Bündnissysteme muß durch eine überwältigende Struktur wenn nicht aufgehoben, so doch relativiert werden. Ausnahmeregelungen im Assoziationsabkommen könnten es erlauben, die enge Verbindung zwischen der ostukrai-

nischen Schwer- und Rüstungsindustrie und Rußland aufrechtzuerhalten, ohne sie im westlichen Markt zu ruinieren. Der Schutz Rußlands vor unerwünschten Importen in einer Freihandelszone von Gibraltar bis Wladiwostok, müßte durch neuartige, bisher noch nicht erdachte Konstruktionen ermöglicht werden, zumindest für eine längere Übergangszeit der Modernisierung der Wirtschaft Rußlands und der Ostukraine. Der Ausbau des Energieverbunds zwischen EU und Rußland müßte die wechselseitige Abhängigkeit, die nicht zu einseitigen Erpressungen genutzt werden kann, erhöhen. Mit anderen Worten, ganz Europa und Nordasien überwölbende wirtschaftliche Strukturen, die EU und EWU verknüpfen, müßten für Rußland so attraktiv gemacht werden, daß es dafür seine Truppen aus dem Donbass zurückzieht.

Der Westen kann den neoautokratischen Regimen keine Bestandsgarantie geben. Aber er kann die staatliche Demokratieförderung in den GUS-Staaten erheblich reduzieren, ohne die privat-gesellschaftliche zu beschneiden, und darauf vertrauen, daß die Völker dieser Länder eines Tages aus eigener Kraft die liberale und demokratische Transformation ihrer Gesellschaft vollziehen wie sie vor Jahren auch aus eigener Kraft die kommunistische Parteiherrschaft abgeschüttelt haben. Bis dahin ist eine pragmatische friedliche Koexistenz und Kooperation des Westens mit den Neoautokratien unerlässlich.

Ein derartiger Kompromiß zwischen Moskau und Brüssel müßte durch einen nationalen Ausgleich in der Ukraine auf der Basis eines runden Tisches zwischen den Euromajdan-Parteien, dem 2014 ins Parlament gewählten Oppositionsblock, den Resten der Partei der Regionen und den Separatisten im Donbasse ergänzt werden, ausgehend von der Tatsache, daß die Partei der Regionen und die Kommunistische Partei 2010 die Wählermehrheit gewonnen hatten und dies vor allem im Osten und Süden der Ukraine. Der seit 1991 bestehende erhebliche innen- und außenpolitische Gegensatz zwischen dem Südosten und dem Westen und der Mitte der Ukraine war über zwei Jahrzehnte lang erstaunlich gewaltlos geblieben und geschickt durch nationale Kompromisse und ein Ausbalancieren von innerer und äußerer West- und Ostorientierung überbrückt worden. Er ist auch durch den Bankrott des Janukovič-Regimes und der sie tragenden Parteien nicht aus der ukrainischen Gesellschaft geschwunden. Die Euromajdan-Parteien haben bisher versäumt, große Teile der zweiten Hälfte der ukrainischen Gesellschaft für eine Erneuerung der Ukraine zu gewinnen, könnten dies aber durch einen runden Tisch nachholen, an dem auch die Separatisten teilnehmen.

Seit 1992 ist die Ukraine parteipolitisch dauerhaft, wenn auch mit flexiblen Mehrheiten, zwischen dem Nordwesten und dem Südosten geteilt. Diese Teilung hat viel mit regional unterschiedlichen ökonomischen Interessen (etwas der Schwerindustrie im Osten) und Gesell-

schaftsstrukturen zu tun, ist nur sehr vermittelt auch mit den ethnischen und sprachlichen Unterschieden verknüpft. Im Südosten gibt es nur eine Minderheit von ethnischen Russen, die auch die Angliederung ihres Gebietes oder der ganzen Ukraine an Rußland wollen. Sehr viele russischsprachige wie auch manche ukrainischsprachige ethnische Ukrainer wollen zwar enge und gute Beziehungen zu Rußland, haben aber ein entschieden ukrainisches Nationalbewußtsein und sind Gegner der Separatisten und Interventen, auch wenn sie politische Gegner der vorwiegend im Westen und im Zentrum verankerten Majdan-Parteien sind.⁴⁶ Der derzeitige Krieg dürfte das ukrainische Nationalbewußtsein und auch den militanten Nationalismus auf beiden Seiten der Kriegsfront erheblich gestärkt haben und hat auch bewirkt, daß nunmehr im Unterschied zu früher eine Mehrheit der Ukrainer den Beitritt ihres Landes zur NATO will.

Das ehemalige politische Lager der Partei der Regionen Janukovičs und der Kommunistischen Partei der Ukraine hat sich nach dem Euromajdan vornehmlich in drei Gruppierungen aufgeteilt: Anhänger der neuen Partei Block Petro Porošenko, Anhänger des Oppositionsblocks und Separatisten. Über die genauen Zahlenverhältnisse zwischen den drei Gruppierungen kann infolge der politischen Auswirkungen des Kriegsverlaufs nur spekuliert werden. Für einen runden Tisch spricht, daß auch viele andere Bürgerkriege (z. B. in Nordirland, Mosambik) nur durch eine Zusammenarbeit zwischen den Kriegsparteien beendet werden konnten. Ein Ergebnis eines solchen innerukrainischen Kompromisses könnte eine Verfassungsänderung sein, die den 24 Gebieten in der Ukraine eine weitreichende Autonomie nach dem Vorbild der 26 Schweizer Kantone gewährleistet, also das Land vielfach untergliedert und nicht einfach nach ethnischen oder nach sprachlichen Kriterien zweiteilt.

In der Krimfrage ist auf sehr lange Zeit nur eine Einigung darüber möglich, daß Moskau und Brüssel sowie die Ukraine sich auf sehr lange Zeit in dieser Frage nicht einigen werden, daß sie aber dennoch nach einer Einigung über die oben genannten Fragen ihre Beziehungen entspannen und ihre wechselseitigen Sanktionen aufheben. Der Westen hat niemals die sowjetische Annexion der baltischen Staaten im Jahre 1940 anerkannt, aber dennoch einen *modus vivendi* mit der Sowjetunion gefunden. Weder Brüssel noch die Ukraine müssen die Annexion der Krim in den nächsten Jahren und eventuell auch Jahrzehnten anerkennen. Vermutlich wird erst eine Demokratisierung Rußlands die Krim-Frage wieder auf den Verhandlungstisch bringen. Schon heute läßt sich eine friedenspolitische Option für diesen Fall formulieren: a) die Republik Krim kommt für ein Jahr unter der Ägide der OSZE oder der VN unter die Verwaltung Australiens (wie seinerzeit Osttimor) und anschließend findet eine freie, faire und demokratisch kompetitive Volksabstimmung über ihre staatliche Zugehörigkeit zur Ukraine, zu

Rußland oder ihre Unabhängigkeit statt, an der alle ständigen Einwohner der Krim und ihre Nachkommen teilnehmen können, die am 1. Januar 2014 die ukrainische Staatsangehörigkeit besaßen. b) Sevastopol' wird (nach dem Vorbild des britischen Hoheitsgebietes Akrotiri und Dekalia auf Zypern) auf Dauer rußländisches Hoheitsgebiet und Marinestützpunkt.

8 Wahrscheinliche Entwicklung des Moskau-Brüssel-Konflikts um die Ukraine

Zur Zeit gibt es nur beschränkte Einsicht in den Gesellschaften Rußlands, des Westens und der Ukraine, daß die Krise in den Moskau-Brüssel-Beziehungen und der Krieg in der Ukraine die Folge der konfrontativen Interaktion sowohl zwischen den Staaten als auch zwischen den politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen in der Ukraine sind. Von daher hat die skizzierte oder eine ähnliche friedenspolitische Option wie im 5. Szenario zur Zeit nur beschränkte Erfolgsaussichten. Ein massiver Bruch des zweiten Minsker Waffenstillstandes hätte wohl eine Verschärfung des Krieges durch US-amerikanische Waffenlieferungen und Militärberater zur Folge und könnte das offizielle Eingreifen rußländischer regulärer Truppen in der Ukraine hervorrufen. Zwar werden dann Tausende Russen im Krieg sterben, vor allem aber Zehntausende oder mehr Ukrainer. Dennoch wird eine Erhöhung der Interventionskosten (an Menschenleben, Finanzen und Sanktionsfolgen) aller Voraussicht nach weder einen Politikwechsel noch einen Regimewechsel in Rußland zur Folge haben. Die Staatsführung Rußlands hat dann innenpolitisch wohl kaum eine andere Wahl, als den Krieg zu gewinnen und Teile oder die ganze Ukraine zu annektieren, selbst auf die Gefahr eines jahrelangen Guerillakrieges im Westen der Ukraine wie nach 1945 und eines wirtschaftlichen Niedergangs hin. Aber auch eine allzu nachgiebige, die Sanktionseskalation im Falle fortgesetzter militärischer Expansion der Interventen und Separatisten in Frage stellende Haltung der NATO und der EU und ihre Spaltung in dieser Frage kann die Expansionspolitik Rußlands fördern. Der Westen steht also vor dem äußerst schwierigen Problem, gemeinsam eine angemessene Mischung aus Anreizen (enge Kooperation zwischen EU und EWU, Intensivierung der Zusammenarbeit im NATO-Rußland-Rat) und ökonomischen und politischen Sanktionen zu finden, die zumindest zum Stillstand des Vormarsches der russländischen Truppen oder gar zu ihrem Rückzug mit ihren Waffensysteme aus dem Donbass führen können. Die Ukraine steht vor der schwierigen Aufgabe, sich die militärische Niederlage im Südosten einzugestehen und den vorläufigen Verlust der Krim und möglicherweise einen länger bestehenden De-facto-Staat im Donbass zu dulden, um noch weiterreichende territoriale Verluste und die völlige Zerrüttung ihrer gesellschaftspolitischen Verhältnisse zu vermeiden. Mit anderen Worten: Falls Rußland nicht zur

skizzierten einvernehmlichen Konfliktregulierung bereit ist, braucht die Ukraine einen K. Adenauer, der die konsequente Westbindung des größten Teils des Landes einer vorerst illusionären Wiederherstellung der territorialen Integrität in den Grenzen von 2013 vorzieht.

Der Westen wird keinen Nuklearkrieg wegen der Ukraine riskieren. Er wird dem brutalen und oftmals blutigen Unheil im Osten zusehen wie seinerzeit während des Ost-West-Konflikts 1953, 1956, 1961, 1968 und 1981. Gleichzeitig wird jeder westliche Staatsmann sagen müssen: „Ich bin ein Tallinner“ und eine klare, militärisch glaubwürdig gesicherte Grenze aller NATO-Staaten gegen die Westexpansion Rußlands betonen müssen. Nur durch diese Abschreckungs- und zugleich militärische Nichteinmischungspolitik in die GUS hat der Moskau-Brüssel-Konflikt auch einige Ähnlichkeit mit dem historischen Ost-West-Konflikt.

Innerhalb des postsowjetischen Raums ist Rußland im Begriff, eine neue Militärgrenze zwischen dem neoautokratischen Osten und einem Bereich herzustellen, der die Chance zur Demokratisierung, Liberalisierung und Westbindung behält. Zur Zeit (Ende April 2015) sind weitere Eroberungen der Interventen und Separatisten nicht unwahrscheinlich, etwa bis zur Landverbindung mit der Krim. Eher unwahrscheinlich ist die Eroberung aller acht Gebiete (*oblasti*), die von den Eroberern „Neurußland“ genannt werden, oder gar der ganzen Ukraine und ganz Moldaus oder eines Tages auch ganz Georgiens. Nicht die NATO wird diese Länder schützen, sondern nur die Furcht innerhalb der Elite Rußlands, die Eroberungen ökonomisch, außenpolitisch und letztlich auch innenpolitisch nicht verkraften zu können, denn auch die Leidensbereitschaft der Russen für die Verwirklichung von illusionären Großmachtträumen ist begrenzt. Die Gesellschaften Frankreichs, Deutschlands und schließlich auch Großbritanniens mußten solche Träume aufgeben. Die Gesellschaft Rußlands wird es eines Tages auch tun. Durch die direkte und indirekte Aneignung von Territorium in Georgien und in der Ukraine hat das Putin-Regime zwar an Zustimmung in der Bevölkerung Rußlands gewonnen. Sie bleibt aber bei ausbleibender Modernisierung der Ökonomie und der Gesellschaft brüchig. Gleichzeitig hat es jegliche Sympathie in allen Nachbarstaaten und selbst bei deren neoautokratischen Eliten verloren und sich international und vor allem in Europa politisch weitgehend isoliert, auch wenn es nun verstärkt Anlehnung in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und bei den anderen BRICS-Ländern sucht. Die Ukraine ist klugerweise bisher noch nicht – wie seinerzeit Georgien – aus der GUS ausgetreten und hilft damit, daß Belarus und Kasachstan Vermittlungsfunktionen erfüllen können. Noch sind die Chancen für einen Frieden im postsowjetischen Raum nicht verloren. Sie erfordern auch eine klügere Ostpolitik EU- und NATO-Brüssels, ist aber vor allem auf Lernprozesse in Rußland angewiesen.

¹ Diese Vorlesung baut auf meinem Vortrag „Neuaufgabe des Ost-West-Konflikts? Friedenspolitische Herausforderungen durch die neuen Kriege in Europa“ auf, den ich auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde am 27. März 2015 in Berlin gehalten habe und der in der Zeitschrift „OSTEUROPA“, Heft 3, 2015, S. 25-45 erschienen ist. Der Autor verdankt Volker Weichsel zahlreiche wertvolle, kritische Einwände, die zur Präzision der Argumentation beitragen.

² Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Petro Porošenko auf der Münchener Sicherheitskonferenz waren es bis Anfang Februar 2015 1432 Soldaten und 5638 Zivilisten. Die VN gehen davon aus, daß ihre Zahl „wesentlich höher“ liege. Nach ungenannten „deutschen Sicherheitskreisen“ sind es „bis zu 50.000 Soldaten und Zivilisten“, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 8.2.2015, S. 1; vgl. auch Ukraine-Analysen Nr. 145, 11.2.2015, S. 17, <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen145.pdf>.

³ Simon, Gerhard 2014: Staatskrise in der Ukraine. Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution, in: OSTEUROPA 64, Heft 1, S. 25-41; Portnov, Andrij 2014: Krieg und Frieden. Die ‚Euro-Revolution‘ in der Ukraine, in: OSTEUROPA 64, Heft 1, S. 7-23.

⁴ Erst eine spätere wissenschaftliche Untersuchung wird vielleicht klären können, ob diese ersten bewaffneten Aktivitäten bereits durch den Kreml gesteuert oder nur geduldet wurden. Zur Infiltration rußländischer Kämpfer in den ersten Wochen des Krieges siehe Mitrokhin, Nikolay 2014: Transnationale Provokation. Russische Nationalisten und Geheimdienstler in der Ukraine, in: OSTEUROPA 64, Heft 5-6, S. 157-174.

⁵ Siehe im einzelnen die Chronik von Epifanova, Alena 2014, in: OSTEUROPA 64, Heft 5-6, S. 149-156.

⁶ Simon, Gerhard 2014: Zusammenbruch und Neubeginn. Die ukrainische Revolution und ihre Feinde, in: OSTEUROPA, Heft 5-6, S. 38.

⁷ Klein, Margarete 2014: Bedingt kampffähig. Die ukrainische Armee, in: OSTEUROPA, Heft 9-10, S. 150 f.

⁸ Die beiden Gebiete haben zusammen eine Fläche von 53.201 km², sind also etwa so groß wie Baden-Württemberg und Rheinlandpfalz zusammen. Sie hatten vor dem Krieg eine Bevölkerung von 6,5 Mill. Einwohnern, also mehr als Hessen.

⁹ State Statistics Service of Ukraine: Population as of January 1, 2014, http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2014/ds/kn/kn_e/kn0114_e.html.

¹⁰ Laut UNO-Flüchtlingshilfe wurden 980.000 Binnenflüchtlinge und 600.000 Flüchtlinge in den Nachbarstaaten, darunter in Rußland 525.000, registriert, <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/spenden/online-spenden/nothilfe-ukraine/wc/1102?gclid=CMzXuruMr8UCFcfMtAod-hEAEQ>.

¹¹ Zur bislang außerordentlich schwachen Ausbildung von Staatsorganen siehe Mitrokhin, Nikolay 2015: Bandenkrieg und Staatsbildung. Zur Zukunft des Donbass, in: OSTEUROPA, Heft 1-2, S. 5-19.

¹² Malek, Martin 2014: Moskaus Schlachtpläne. Hintergründe zu Russlands Krieg in der Ukraine, in: OSTEUROPA 64, Heft 9-10, S. 108-110; Mitrokhin, Nikolay 2014: Infiltration, Instruktion, Invasion. Russlands Krieg in der Ukraine, in: Osteuropa 64, Heft 8, S. 3-16.

¹³ Protokoll po itogam konsul'tacij Trechstoronnej kontaktnoj grupy, <http://www.osce.org/ru/home/123258?download=true>; auf deutsch in: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191799/dokumentation-minsker-protokoll-vom-5-september-2014>.

¹⁴ Das Protokoll wurde lediglich von dem ehemaligen Präsidenten der Ukraine Leonid Kučma, dem rußländischen Botschafter in der Ukraine Michail Ju. Surabov und der OSZE-Botschafterin Heidi Tagliavini unterzeichnet. Die Ministerpräsidenten der beiden Volksrepubliken Aleksandr V. Sacharčenko und Igor V. Plotnickij nahmen mit ihrer Unterschrift das Protokoll lediglich zur Kenntnis.

¹⁵ Die Erklärung und das Abkommen von Minsk im Wortlaut, <http://transform.or.at/news/article.php/20150212221425359/print>.

¹⁶ Offizielle Erklärung zum Minsker Gipfel, <http://www.tagesschau.de/ausland/minsk-183.html>.

¹⁷ Bereits 2006 stimmten bei einer Volksabstimmung angeblich bereits 97,2 % der Transnistrier für einen Beitritt zu Rußland, ein Wunsch, der dann nochmals durch die Volksvertretung am 18. März 2014 erneuert wurde, <http://de.sputniknews.com/zeitungen/20140318/268059463.html>; Pridnestrov'e vsled za Krymom chočet vojti v sostav Rossii, <www.rosbalt.ru/exussr/2014/03/18/1245241.html>.

¹⁸ Bei einer Meinungsumfrage der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation und des Kyiv International Institute of Sociology vom 8.-18. Februar 2014, also kurz vor dem Umsturz in Kiew, befürworteten 12 % der Ukrainer eine Vereinigung ihres Landes mit Rußland, darunter auf der Krim 41 %, in den Gebieten Donec'k 33 %, Lugans'k und Odesa je 24 %, Charkiv 15 %; <http://dif.org.ua/en/events/ukrainieyu-ne-hochut.htm>.

¹⁹ Der Begriff wird im vorherrschenden russischen Sprachgebrauch nicht allein auf Staatsangehörige Rußlands bezogen, sondern auch auf ethnische Russen, russischsprachige Nichtrussen oder gar auf alle ehemaligen Sowjetbürger in den Nachbarländern Rußlands.

²⁰ Eine gründliche Darstellung der gesellschaftlichen Bruchlinien in der Ukraine aufgrund der höchst unterschiedlichen Geschichte der einzelnen Landesteile findet sich bei Kappeler, Andreas⁴ 2014: Kleine Geschichte der Ukraine, München. In Kurzfassung: Das zerrissene Land. Der Kampf um die Ukraine und ihr historisches

Erbe, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2014, S. 43-52. Siehe auch Schneider-Deters, Winfried 2014: *Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union*, Berlin.

²¹ Haran', Oleksyj/ Burkovs'kyj, Petro 2010: *Konflikt und Kooperation. Ukraine und Russland: Eine Beziehungsdynamik*, in: *OSTEUROPA* 60, Heft 2-4, S. 331-349.

²² Bröckers, Mathias/ Schreyer, Paul 2014: *Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren*, Frankfurt a.M. Vgl. auch Krone-Schmalz, Gabriele 2015: *Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens*, München.

²³ *Ukraine-Krise: Moskau wirft USA und EU Nichteinhaltung des Budapester Memorandums vor*, <http://de.sputniknews.com/politik/20140319/268070115.html>.

²⁴ Insbesondere der ehemalige Ministerpräsident Brandenburgs (2002-2013) und Parteivorsitzende der SPD (2005-2006) Matthias Platzeck plädierte in einem Interview dafür, revidierte dann aber seine Aussage, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krise-matthias-platzeck-will-legalisierung-krim-annexion-a-1003646-druck.html>;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/matthias-platzeck-rudert-in-debatte-um-krim-annexion-zurueck-a-1003829-druck.html>.

²⁵ *Memorandum on Security Assurances in Connection with Ukraine's Accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*, Budapest Memorandum of 5 December 1994, <http://unterm.un.org/DGAACS/unterm.nsf/8fa942046ff7601c85256983007ca4d8/4fe5ea3e98fbff4e852569fa00008aae?OpenDocument>.

²⁶ So die Einschätzung des Autorenteam um Aleksandr A. Dynkin vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen IMEMO in „Rossija i mir: 2015. Ekonomika i vnešnjaja politika. Ežegodnyj prognos“, http://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_031.pdf, S. 129-135.

²⁷ Die Autoren Aleksandr A. Dynkin u.a. (Anm. 26) sprechen von einer „Konkurrenz eines ‚proeuropäischen‘, faktisch prowestlichen und eines ‚eurasischen‘ Trends“ im postsowjetischen Raum, http://www.imemo.ru/files/File/ru/publ/2014/2014_031.pdf, S. 136. „Genau genommen hat eine heftige Konkurrenz zwischen Integrationsprojekten, und zwar zwischen der Östlichen Partnerschaft der EU und den rußländischen Initiativen einer eurasischen Integration den Beginn der ukrainischen Krise im November 2013 provoziert.“ Ebenda, S. 103. Zur Entstehung des Begriffs Integrationskonkurrenz siehe Jahn, Egbert 2007: *Ausdehnung und Überdehnung. Von der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau zum Ende der europäischen Integrationsfähigkeit*, in: *OSTEUROPA*, Heft 2-3, S. 43, Anm.10. Eine ähnliche Sichtweise vertritt Tolstrup, Jakob 2014: *Russia vs. the EU. The Competition for Influence in Post-Soviet States*, Boulder/ London; Adomeit, Hannes 2012: *Integrationskonkurrenz EU-Russland. Belarus und Ukraine als Konfliktfelder*, in: *OSTEUROPA*, Heft 6-8, S. 383-406; Kropatcheva, Elena 2010: *Russia's Ukraine Policy against the Background of Russian-Western Competition*, Baden-Baden.

²⁸ Frenzke, Dietrich: *Die russischen Verfassungen von 1978 und 1993*, Berlin 1995; Nußberger, Angelika (Hg.): *Einführung in das russische Recht*, München 2010.

²⁹ Ausführlicher hierzu Jahn, Egbert 2012: *Putins Siege: Niederlagen der Demokratie in Rußland?*, in: ders. *Politische Streitfragen*, Band 3. *Internationale Politik*, Wiesbaden, S. 125-142. Zur nach wie vor strittigen Charakterisierung des politischen System in Rußland siehe Mommsen, Margareta 2010: *Oligarchie und Autokratie. Das hybride politische System Russlands*, in: *OSTEUROPA* 60, Heft 8, S. 25-46; Beichelt, Timm 2014: *Legitimer Autoritarismus? Politische Stabilität im postsowjetischen Raum*, in: *OSTEUROPA* 64, Heft 8, S. 49-61.

³⁰ Zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen siehe Ševcova, Lilija 2008: *Ende einer Epoche. Rußlands Bruch mit dem Westen*, in: *OSTEUROPA* 58, Heft 11, S. 65-69.

³¹ Zu den konstant hohen Popularitätsrate Putins seit über einem Jahrzehnt siehe Ross, Cameron 2014: *Das Paradox: Putins populäre Autokratie. Legitimitätsquellen in einem hybriden Regime*, in: *OSTEUROPA* 64, Heft 8, S. 99-112.

³² Siehe hierzu die Autoren „Rossija i mir: 2015“ (Anm. 23), S. 107.

³³ Sapper, Manfred u.a. 2007: *Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn*, in: *Osteuropa* 57, Heft 2-3.

³⁴ Stewart, Susan 2009: *Russland und die Östliche Partnerschaft*, in: *SWP-Aktuell* Nr. 21.

³⁵ Rjabčuk, Mykola 2011: *Weckruf. Die Ukraine, die EU und der Fall Tymošenko*, in: *OSTEUROPA* 61, Heft 11, S. 3-6.

³⁶ Fischer, Sabine 2015: *EU-Sanktionen gegen Russland. Ziele, Wirkung und weiterer Umgang*, in: *SWP-Aktuell* 26, März 2015.

³⁷ Siehe den Rückblick in dem Band „Durchschaut. Der Kommunismus in seiner Epoche“, *OSTEUROPA*, Heft 5-6/2013.

³⁸ Fukuyama, Francis 1992: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München, S. 11 und 13.

³⁹ Die Beschworung eines neuen Kalten Krieges hat viel mit einer ahistorischen Ausdehnung und trivialen Verallgemeinerung des Begriffs sowie seiner Anwendung auf jeglichen Zustand erhöhter internationaler Spannungen zu tun. Demnach gab es in der Geschichte Tausende Kalte Kriege. Allerdings vermerken die Autoren, die

den reißerischen Terminus für die gegenwärtige Situation verwenden, wichtige Unterschiede zum „Ersten Kalten Krieg“, etwa Trenin, Dmitri 2014: Welcome to Cold War II, in: Foreign Policy vom 4. März.

<http://foreignpolicy.com/2014/03/04/welcome-to-cold-war-ii/>; Legvold, Robert 2014: Managing the New Cold War, in: Foreign Affairs, Juli/August.

⁴⁰ Dementsprechend vermerken die Autoren von „Rossija i mir: 2015“ (Anm. 23), daß Kasachstan durch ‚irredentistische‘ Stimmungen in Teilen der rußländischen Gesellschaft in den Beziehungen zu seinen ‚russischsprachigen‘ östlichen Regionen beunruhigt sei und deshalb sein Verhältnis zur EU ausweite, S. 136.

⁴¹ Zur Renaissance des geopolitischen Denkens in Rußland siehe Ignatow, Assen 1998: Geopolitische Theorien in Rußland heute, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 17; vgl. auch Peter, Rolf 2006: Russland im neuen Europa. Nationale Identität und außenpolitische Präferenzen (1992-2004), Hamburg, S. 140-194. Einflußreich, aber nicht repräsentativ für das vorherrschende Denken im Kreml sind: Dugin, Aleksandr G. ⁴2001: Osnovy geopolitiki, Moskau ⁴2001; Ivašov, Leonid G 2000.: Rossija i mir v novom tysjačiletii. Geopolitičeskie problemy, Moskau.

⁴² Sie wird z. B. vertreten durch Schmid, Ulrich 2015: UA – Ukraine zwischen Ost und West, Schriftenreihe der Vontobel-Stiftung März, Zürich.

⁴³ Vgl. auch Dembinski, Matthias/ Schmidt, Hans-Joachim/ Spanger, Hans-Joachim 2014: Einhegung: Die Ukraine, Russland und die europäische Sicherheitsordnung, Nr. 3

⁴⁴ Vgl. auch Schneider-Deters, Winfried 2010: EU – nicht NATO! Thesen zur Zukunft der Ukraine, in: OSTEUROPA 60, Heft 1, S. 55-63.

⁴⁵ Im Februar 2013 stellte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso die Ukraine vor die Wahl zwischen einer Annäherung an die EU oder einem Beitritt zur von Rußland dominierten Zollunion, in: Ballin, André 2013: EU stellt Ukraine vor die Wahl. Kiew muß zwischen Moskau und Brüssel wählen,

<http://derstandard.at/1361241226412/EU-stellt-Ukraine-vor-die-Wahl>. . Barroso sprach deutlich von einer „Entweder-Oder-Entscheidung“, vor der Kiew stehe, http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article113905484/Ukraine-verspricht-der-EU-rasche-Reformen.html.

Nach der Absage der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens hieß es: „Vorausgegangen war ein monatelanges Ringen zwischen Moskau und Brüssel, das an den Kalten Krieg erinnerte“, in: Pauly, Christoph u. a. 2013: Geplatzte Verlobung. Mit Drohungen und Milliardenversprechen hat Wladimir Putin das Wettbieten um die Ukraine gewonnen, Der Spiegel vom 25. November; Aden, Mareike/ Bota, Alice 2013: Die Entscheidung. West gegen Ost, Demokratie gegen Diktatur: Europa und Rußland kämpfen um die Ukraine. Die ZEIT vom 14. November, S. 3; Blome, Nikolaus u.a. 2013: Ein Profi für Runde zwei. Der Kampf um die Ukraine ist einer zwischen dem russischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin. Der Spiegel vom 9. Dezember, S. 22.

⁴⁶ Simon, Gerhard 2014: Legitimation durch Wahlen. Der Umbruch in der Ukraine, in: OSTEUROPA 64, Heft 9-10, S. 165-168.